

Diskriminierung und Intoleranz gegenüber Muslimen

Anmerkungen des türkischen Botschafters Ömür Orhun, Vorsitzender und persönlicher Beauftragter des OSZE Vorsitzenden zur Bekämpfung der Intoleranz und der Diskriminierung gegenüber Muslimen

(Eine Vortragsreihe zum Thema Antisemitismus und Islamophobie organisiert von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Mannheim, 15. März 2007)

Einleitung

Zunächst möchte ich meine Hochachtung gegenüber den Organisatoren dieser Tagung zum Ausdruck bringen. Wenn ich mich nicht täusche, ist das die erste Tagung, auf der beides Antisemitismus und Islamophobie angesprochen werden.

Wohl kann die Auffassung vertretbar sein, dass da eine inhärente Verwandtschaft zwischen Antisemitismus und Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen besteht. Es ist eine traurige, aber wahre Tatsache, dass in der nahen Vergangenheit ein drastischer Anstieg von diskriminatorischen und intoleranten Praktiken sowie Vorfällen gegenüber Juden und Muslimen zu verzeichnen ist. Der gemeinsame Nenner ist, dass beides eine Beleidigung der Menschenwürde darstellt.

An dieser Stelle möchte ich die Allgemeine Richtlinie Nr. 8 der ECRI zur Bekämpfung von Rassismus beim Kampf gegen den Terrorismus zitieren, welche besagt: „als Resultat des Kampfes gegen den Terrorismus seit den Ereignissen des 11. September 2001, kann erachtet werden, dass gewisse Personengruppen, vor allem Araber, Juden, Muslime, bestimmte Asylbewerber, Flüchtlinge und Immigranten, bestimmte auffällige Minderheiten und Personen, die diesen Gruppen zugeordnet werden, inzwischen in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens, hierzu zählen auch Schulen, Arbeits-, Wohnungsmarkt, Zugang zu öffentlichen Gütern und Orte sowie Dienstleistungen, sowie Einschränkungen ihrer Freizügigkeit, vor allem Rassismus und / oder Rassendiskriminierung ausgesetzt sind“. Daher gilt, was ich über Muslime sagen möchte, weitestgehend auch für andere betroffene Gruppen inklusive Juden.

Als Vorsitzender und persönlicher Beauftragter des OSZE Vorsitzenden zur Bekämpfung der Intoleranz und der Diskriminierung gegenüber Muslimen, beobachte ich, dass fast alle muslimische Gemeinden in Westeuropa und Nordamerika eine sich stetig erhöhende Feindseligkeit gegenüber den Muslimen verspüren. Der Bericht der International Helsinki Federation zur „Diskriminierung und Intoleranz gegenüber Muslimen in der EU“ aus dem Jahr 2004 und der Bericht der EUMC aus dem Jahr 2006 zu „Muslime in der Europäischen Union – Diskriminierung und Islamophobie“ sind zwei wichtige Quellen, die dieses Phänomen eindeutig aufzeigen.

Diese feindselige Gesellschaft, die sich in der Zeit nach dem 11. September deutlicher durchsetzte, zeichnet sich durch Argwohn und Vorurteile, was sich manchmal auf Geschichte bezieht; Ignoranz; negative und herablassende Darstellungen; generelle Diskriminierung und Typisierung aller Muslime oder Mohammedaner als „terroristisch, gewalttätig oder als sonst

wie unpassend“; durch Mangel an Fürsorge, Anerkennung und Respekt für Muslime bei den öffentlichen Institutionen; und durch Attacken, Missbrauch, Schikanierung und Gewalttätigkeiten gegen Personen, die vermeintlich muslimisch sind, auch gegen Moscheen, muslimisches Eigentum und Friedhöfe aus.

Obwohl ich den Begriff Islamophobie nicht mag, der genauso kurzgefaßt als „Angst oder Argwohn vor dem Islam, vor Mohammedanern und allem, was zu ihnen gehört“, definiert werden kann, gibt es Islamophobie schon seit sehr langer Zeit, wenn auch in einer etwas unterschwelligeren Form und sie ist in Vorurteilen verwurzelt. Nichts desto trotz, ist dieser Begriff in letzter Zeit zu einem Hauptthema mit zerstörerischen Folgen geworden, nicht nur für die muslimischen Gemeinden, sondern auch für die Gesellschaft, in der sie leben.

Islamophobie, sei es in der Ausgestaltung von Intoleranz oder Diskriminierung oder in der Form von Gewalt, verkörpert eine Verletzung der Menschenrechte und ist eine Gefahr für den gesellschaftlichen und politischen Zusammenhalt.

Alle anerkannten, internationalen Menschenrechtsorganisationen haben bestätigt, dass negative Konnotationen zur Islamophobie zum Ausschluss oder Selbst-Ausschluss, vor allem der jüngeren Generation, führen können, mit offensichtlichen negativen Konsequenzen hinsichtlich ihrer Selbstachtung und sozialen Integration. Auch ist anerkannt, dass beständige Formen der Islamophobie und vor allem ihre Nachwirkungen durch die Massenmedien eine Gefahr für Frieden, Stabilität und Demokratie repräsentieren.

Um dieses negative und störende Phänomen abzuwehren, bedarf es der Entwicklung tiefgreifender Strategien und bildungspolitischer Ansätze sowie deren Umsetzung. Eine Erhöhung des Verständnisses und des Respekts gegenüber einer religiösen Vielfalt wäre der erste Schritt, um Kriterien für die Identifizierung und Entwicklung angebrachter Praktiken, im Kampf gegen Diskriminierung und Intoleranz gegenüber Muslimen zu finden.

Der starke Einfluss der extrem Rechten und der Medien

Es ist offensichtlich, dass die momentanen Trends in den rassistischen Darstellungen und die zynische Haltung der Medien eine wesentliche Rolle dabei spielen, gegenüber den Muslimen ein feindliches Klima zu schaffen.

In den meisten Fällen haben rassistische Einstellungen mehr Auswirkungen als das Gewicht derer, die sie unterstützen. Sie verursachen auch, dass moderate und politische Gruppen und Parteien der politischen Mitte ihre Haltung gegenüber „den Anderen unter uns“ verhärten, namentlich gegenüber den Immigranten, Asylbewerbern, Flüchtlingen, Minderheiten und in unserem Fall den Muslimen.

Der popularistische und nationalistische Diskurs, der von den extrem rechten Gruppen geführt wird, hat leider bei der gesellschaftspolitischen Mitte mehr Interesse gewonnen, sie fühlt sich durch die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen verunsichert. Desinformationen, die von solchen rechtsradikalen Gruppen über „die Anderen“ verbreitet werden, führen bei den normalen Leuten, die sowieso kaum verlässliche oder unparteiische Informationen über diese Menschen haben, zu der Annahme einer negativen und mit Vorurteilen behafteten Haltung.

Das Verhalten der Medien in ihrer Berichterstattung heizt das Ressentiment nach allen noch Seiten auf.

In vielen Teilen Europas sind die Medien hypersubjektiv, einseitig und klischeehaft, wenn es darum geht, über muslimische Gemeinden zu berichten. Muslime fühlen sich durch solche Medienberichte, die ein negatives Image über ihre Kultur im öffentlichen Bewusstsein verankern, unermesslich stark diskriminiert. So erhalten zum Beispiel einzelne und bedauernde Zwischenfälle eine überproportionale Aufmerksamkeit durch die Berichterstattung in den Medien und diese Situation vermittelt den Eindruck, dass jene Dinge in der islamischen Kultur allgegenwärtig seien.

Eine unausgeglichene Berichterstattung unterstützen Stereotypen und vermitteln den Lesern und Zuhörern den Eindruck, dass die ganze muslimische Gesellschaft für Gewalt anfällig, unnachgiebig und monolithisch sei sowie Frauen missbrauche.

Speziell was Deutschland angeht, so hört man im politischen Auseinandersetzungen der Medien immer wieder, dass Deutschland kein Land der Immigranten sei, dass Einwanderer keine Bürger wären, und Muslime werden durch die Presse zu den kulturell „Anderen“ gemacht. Minderheiten die in Deutschland leben – Menschen, die seit Dekaden in Deutschland leben, oder jene, die die zweite oder dritte Generation sind – werden zum Beispiel in der Presse üblicherweise als Einwanderer oder Ausländer zitiert. Dies bestärkt das Gefühl der Muslime, vom soziokulturellen Leben des Landes ausgeschlossen zu sein.

Deshalb möchte ich hier anregen, dass sich die Medien für eine ethische Berichterstattung und für journalistische Standards einsetzen, die dem vorsätzlichen Stereotypisieren und Karikieren der muslimischen Gesellschaft entgegenwirken. Gleichsam sollten die Massenmedien dazu ermutigt werden, davon abzukommen, isolierte und einmalige negative Ereignisse zu benutzen, um die ganze Gesellschaft schwarz zu malen.

In dieser Hinsicht sollte sich die Presse für eine ausgeglichene Berichterstattung über muslimische Gesellschaften einsetzen und Berichte, die über „Tagesaktivitäten“ der Muslime und über das „normale“ Gesicht von muslimischen Bürgern berichten, veröffentlichen. Vorbildliche Ereignisse sowie positive Beispiele aus der muslimischen Welt sollten in Radio und Fernsehen ausgestrahlt werden, an Stelle dieses ständigen Mattsetzens durch negative Ereignisse und Taten.

Auch die Politiker, auf ihrer Seite, sollten in ihren Reden, wenn sie vom Islam im Allgemeinen und von den in Deutschland lebenden muslimischen Gemeinschaften im Speziellen reden, vorsichtig und konstruktiv sein und versuchen, sie nicht zu verunsichern und zu stigmatisieren.

Die Rolle der Bildung und Lehrplan der Schulen

Die jüngere Generation repräsentiert die Mehrheit in den muslimischen Gemeinschaften in Westeuropa und in Nordamerika. Deshalb sollten wir die Rolle, die eine gute Bildung und ein geeigneter Lehrplan spielen hervorheben.

Obwohl nur eine sehr geringe Minderheit mit extremistischen Gruppen zu tun hat, sind die meisten der normalen jungen Menschen mehr und mehr von den Gesellschaften, in denen sie leben entfremdet. Deshalb sind die Ursachen der Entfremdung der muslimischen Jugend und die Möglichkeiten eine Radikalisierung zu verhindern, vorsichtig zu analysieren.

Ein ganzheitlicher Ansatz ist ein Muss für beides, um die Entfremdung zu überwinden und um die Radikalisierung zu verhindern. Verbesserte Schulsysteme und Lehrpläne müssen daher in einem ganzheitlichen Ansatz als ein ausschlaggebender Teil betrachtet werden.

Schulsysteme und Ausbildung sind für die Gesellschaft der politischen Mitte, für Muslims und für Einwanderer der Schlüssel für die Lösung vieler Probleme:

a) In diesem Kontext möchte ich die Notwendigkeit von Gemeinschaftskunde erwähnen, in der Themata wie Identität und Aspekte der Unterschiedlichkeit behandelt werden, wo auch Muslims ihre Rechte gelehrt bekommen.

b) Multikulturelle Bildung und Geschichte der Menschheit (inklusive Lehrbereiche zu unserer Welt und ihrer Bevölkerung) sind ein anderes Gebiet, das mehr Aufmerksamkeit verdienen würde.

c) Die Ausbildung der Fähigkeit Presseberichte zu verstehen auch der Umgang mit elektronischen Medien sollte Thema sein.

d) Unterricht in der Muttersprache für Einwanderer.

e) Religionsunterricht auch für andere religiöse Glaubensrichtungen.

f) Berufliche Ausbildung damit Chancen erhöht werden, Ausbildungs- und Praktikaplätze.

g) Training von Lehrern, Imams und Vollstreckungsbeamten.

Auf der anderen Seite sollten die Gesellschaft der politischen Mitte den Islam generell kennenlernen, so dass sie ein Gefühl für Respekt, Toleranz und Zusammenleben erwirbt. (Gesellschaft des Zusammenhalts) Außerdem sollten die Regierungen oder die bürgerliche Gesellschaft nicht darauf bestehen ein künstliches „Islamisches Europa“ zu kreieren, sondern sie sollten das Wohlergehen der Muslime in Europa fördern.

Was kann sonst noch getan werden?

Erstens: müssen die europäischen und nordamerikanischen Staaten das Problem erkennen, und bereit und gewillt sein, einen facettenreichen Ansatz anzunehmen. In dieser Hinsicht begrüße ich die Einberufung eines Islamischen Gipfeltreffens durch die deutsche Regierung und hoffe, dass hieraus nützliche und konkrete Ergebnisse resultieren.

Zweitens: muss der Wichtigkeit der intellektuellen Front im Kampf gegen Diskriminierung und Intoleranz gegenüber Muslimen Rechnung getragen werden und es muss eine solide Strategie im Umfeld von Wertsystemen und Sichtweisen gefunden werden.

Drittens: Straftaten, die aus Hass und Vorurteilen begangen werden, sollten geahndet und das Informationsdefizit thematisiert werden. (Oder anders ausgedrückt, sammle, analysiere und verbreite Informationen, die mit Straftaten zusammen hängen, die aus Hass oder Vorurteilen begangen werden.)

Viertens: es sollte eine adäquate Gesetzgebung beschlossen und effektiv umgesetzt werden. In Verbindung mit nationalen Gesetzen sollten auch internationale Verpflichtungen und übereingetretene Normen durchgesetzt werden.

Fünftens: klare Kriterien zur Anzeige und Registrierung von Straftaten, die aus Hass oder Vorurteilen gegangen werden, sollten eingeführt und die Anzeige dieser Taten ermutigt werden.

Sechstens: muslimische und bürgerliche Gemeinschaften sollten derart aufgebaut werden, dass sie in der Lage sind, mit lokalen und nationalen Behörden zusammen zu arbeiten. In diesem Zusammenhang sind gesellschaftliche Freundschaftsprogramme sehr nützlich, um Vertrauen sowie eine Gemeinschaft, die zusammenhält, zu entwickeln. (Mit anderen Worten, ein Gefühl für das Zusammenleben sollte gefördert werden).

Und zum Schluss: möchte ich einige Worte zur Integrationsstrategie anfügen. Da viele denken stigmatisiert und außen vorgelassen zu sein, wird es einfacher sein, den Extremismus an den Rand zu drängen, den Radikalismus zu zersprengen und das Gefühl des Nicht-Dazu-Gehörens zu überkommen, wenn sich diese muslimische Gemeinschaften mehr zu Hause und sich richtig in die westliche Gesellschaft, in der sie leben, integriert fühlen.

Es wird behauptet und das ist auch richtig so, dass Europa in ihrer Ansage zur Integration nicht erfolgreich sei. Denn obwohl es das Ziel war, multikulturelle Gesellschaften zu schaffen, wurden stattdessen parallele und gleichzeitig sich ausschließende Gesellschaften geboren.

Wie man dieser Situation Abhilfe leistet? Kann das auch durch kulturelle Ghettos für Muslime sein? Ich bin der Auffassung, dass die zivile und strukturelle Integration die Antwort ist. Muslimische Einwanderer müssen das Gefühl haben, Teil der größeren Gemeinschaft, in der sie leben, zu sein; dass sie an allen Lebensbereichen und an den Entscheidungsfindungsprozessen teilhaben. In anderen Worten, es gilt einen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu schaffen, wo gegenseitiges Verständnis zwischen den unterschiedlichen Gruppen nicht nur Toleranz fördert, sondern viel wichtiger den gemeinsamen Respekt vor unterschiedlichen Gesichtspunkten und Hintergründen. Das Schlüsselwort ist hier: „gegenseitig bzw. gemeinsam“.

Die muslimischen Gemeinschaften müssen, auf der anderen Seite, ihren Teil der Last tragen und die bürgerlichen und demokratischen Werte ihrer neuen gesellschaftlichen Umgebung annehmen und sich selbst vom Radikalismus und Terrorismus distanzieren.

Die wirkliche Bedrohung von Toleranz und multikulturellen Gesellschaften geht von den Gegensätzen dieser zwei Gruppen aus. Und hier müssen Regierungen und die Öffentlichkeit wachsam bleiben. Damit ein friedliches Zusammenleben Realität wird, müssen wir beide Gruppen erreichen, und zwar jene, die es nicht wünschen in einen Dialog zu treten und wir müssen auch jene unterstützen, die sich weigern die Vielfalt, die die westliche Gesellschaft prägt, zu verstehen oder zu akzeptieren.